



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 6. März 1879.

Nr. 110.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom 5. März.

Präsident von Bismarck eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Hofmann, Dr. Friedberg, von Bülow, von Faber, du Raur.

Tagesordnung:

I. Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder.

Abg. Dr. Hänel: Von allen bisherigen Rednern hat nur Herr v. Kleist-Schowa mit einer gewissen Erregung gesprochen und das begreife ich. Herr v. Kleist hat dazu ein volles Recht; er steht in diesem Gesetzentwurf eine Anerkennung der Grundsätze, die er bisher verteidigt hat. Dieser Gesetzentwurf ist für Herrn v. Kleist und Gesinnungsgenossen ein alter, guter Bekannter; es mußte Herrn v. Kleist mit hoher Befriedigung erfüllen, daß er wieder Hand in Hand, Arm in Arm sich mit dem Herrn Reichskanzler wußte. Der Herr Reichskanzler und Herr v. Kleist stehen auf dem Standpunkt, daß die parlamentarische Redefreiheit nicht be-
rechtigt sei, daß sie nur innerhalb gewisser Grenzen Gültigkeit haben soll. Aber, m. H., mit solchen Argumenten, wie hier gegeben, werden Sie Nie-
mand von der Gefährlichkeit der Redefreiheit über-
zeugen. Man hat darauf verwiesen, daß in diesem Hause Mitglieder der sozialdemokratischen Partei seien und daß das Haus nicht im Stande sei, sich gegen Mißbrauch zu schützen. Von einer solchen Ausnahmestellung können wir aber doch unmög-
lich unsere Rechte oder die Grenzen desselben ab-
hängig machen. Ich frage Sie, setzen Sie denn
vorans, daß wir jene Verfassungsartikel über die
parlamentarische Redefreiheit ganz leichtfertig aus
anderen Verfassungen abgeschreiben haben; glauben
Sie denn, daß wir nicht an der Hand der Ge-
schichte vorausgesehen haben, daß in diesen Räumen
auch extreme, politische Parteien Eintritt haben wür-
den? Wir haben es gewußt, daß über kurz oder
lang der Zeitpunkt kommen würde, daß solche Par-
teien ihre Vertretung im Reichstage finden würden.
Gerade weil wir dieses vorausgesehen haben, sind wir
eingetreten und treten wir heute ein für die Rede-
freiheit der Mitglieder des Reichstages. Es muß
einen Ort geben, wo Meinungen, die so weit
verbreitet sind, daß sie es zu einem Vertreter brin-
gen, ihren vollen und ganzen freien Ausdruck fin-
den. Diesen freien Ausdruck sollen sie finden,
sie sollen gezwungen werden, in den parlamenta-
rischen Formen zu diskutieren, damit wir im
Stande sind, unsere Gegengründe vorzuführen.

— Ueber dieser Redefreiheit müssen wir ihnen
die vollste Freiheit der Öffentlichkeit geben. Die
hier vorgeführten Argumente sind im Grunde gegen
Nur im vollen Lichte der Öffentlichkeit stehen.
Aberdings ist das voraus, daß unsere Gründe die
besseren sind, daß unsere Gründe durch größere Po-
pularität sich kräftig erweisen. Als ich diesen Ge-
setzentwurf las, da habe ich mir gesagt, daß der
erste deutsche Justizminister mit einem solchen Ge-
setzentwurf unmöglich etwas zu thun haben kann. Ich
würde es auf's Heftigste bedauert haben, wenn
dies der Fall gewesen wäre. Ich halte den Geset-
zentwurf lediglich für einen Akt, diktiert vom politi-
schen Standpunkt, aus der Partei der Herren
berechnet. Trotzdem bin ich überzeugt, der Herr
Reichskanzler, der sich sonst auf psychologische Effekte
sehr gut versteht, hat diesen Eindruck doch nicht vor-
ausgesehen, den die Publikation des Entwurfs in
allen politischen Kreisen hervorgerufen hat; es war
das Gefühl der Demüthigung, das diese Publikation
hervorrief. Mir ist dabei nur die Stellung des
Bundesraths nicht erklärlich. Gerade der Bundes-
rath ist eingelegt zum Wächter der Verfassung, im
Bundesrath soll jenes Mittel liegen, um die Ver-
fassung mit einer gewissen Heiligkeit und Dauer zu
versetzen. Die Tendenz dieses Gesetzes ist nicht, die
gegenwärtigen Grenzen der Redefreiheit in ihrem
Umfange anzuheben, sondern die klare
Tendenz desselben geht dahin, an der Hand ver-
schärfter Mittel die Redefreiheit einzuschränken, hinter
die Grenzen zurückzuführen, die sie bisher einge-
nommen hat. Die Redefreiheit des Volksvertreters
muß die Grenzen weit überschreiten, wie das gemeine
Recht sie festsetzt. Wahr ist es ja, auch dieses Recht
muß seine notwendigen Grenzen haben; aber wer
ist im Stande, diese Grenze klar zu präzisiren?
Redner geht nunmehr auf das Strafsystem ein, und
kommt dabei zu dem Schluss, daß das Recht der

Ausschließung, wenn auch nur zeitweiser Ausschlü-
ßung, dem Parlament nicht gegeben werden darf.
Die Ausübung eines solchen Rechtes wäre eine An-
maßung, die unter allen Umständen den Schein der
Parteilichkeit erwecken müßte. Und was die übrigen
Strafmittel anlangt, so hätten ähnliche Bestimmun-
gen in England und Frankreich gar keine Wirkung
gehabt. Mit der äußeren Gestalt der Strafe werde
nichts erreicht; diese Ehrenstrafen möge man gestalten
wie man wolle, sie setzen immer ein gesteigertes Ehr-
gefühl voraus, wenn sie wirkungsvoll sein sollen.
Er (Redner) kann deshalb die Nothwendigkeit für
eine Abänderung der Geschäftsordnung nicht er-
kennen; die Praxis beweise es, man könne auskom-
men mit den Ordnungsstrafen, die die Geschäfts-
ordnung enthalten. Deshalb sei er auch gegen die
Resolution Hohenlohe, da aus der ganzen Debatte
keine Gründe für die Nothwendigkeit einer Abän-
derung der Geschäfts-Ordnung hervorgetreten sind.
Es wird daher der Gesetzentwurf, wie alle An-
träge, die dazu gestellt werden sollten, einfach ver-
worfen.

Staatssekretär Friedberg: Es hat dem
Vorreder gefallen, in seiner Ausführung gegen die
Vorlage auch den Beamten anzugreifen, dem das
Wenige, was an Reichsjustiz vorhanden, anvertraut
ist. Meine Erwiderung wird an seine Rede nicht
herantreten, aber den einen Vorzug wird sie haben:
die Kürze der Zeit, die ich dafür in Anspruch
nehme. (Beifall rechts.) Der Vorredner hat ge-
meint, es sei eine Heuchelei, wenn gesteuert von die-
sem Tische aus die Behauptung aufgestellt wurde,
der Entwurf beabsichtige nicht, in die autonomen
Befugnisse des Hauses und in die Präsidialgewalt
eingzugreifen und der Redner hat selbst ausgeführt,
wie er sich einen Entwurf zur Verstärkung der Au-
tonomie des Reichstages denke. Das war sehr aus-
sprechend, nur ging er davon aus, daß ein solcher
Entwurf bloß Ihre Befugnisse stärken, nicht aber
Ihnen auch Pflichten auferlegen sollte. Die Mei-
nung der Regierung ging davon aus, daß bei neuen
Rechten auch neue Pflichten aufergelegt sind. Wenn
dann der Redner einen großen Eifer darüber ge-
macht hat, daß der Bundesrath die ihm obliegende
Pflicht, ein Wächter der Verfassung zu sein, hierbei
verleßt habe, so glaube ich, daß die Frage, ob eine
Verfassungsbestimmung der Aenderung bedürftig ist,
eben zur Kognition des Bundesraths steht. Wenn
der Bundesrath eine solche Verfassungsänderung für
nötig hält, und nicht 14 Stimmen sich dagegen
aussprechen, dann ist die Sache für Sie erledigt.
Dann hat der Vorredner es auch für zulässig ge-
halten, meine Persönlichkeit wiederholt in die De-
batte zu ziehen; er hat seine Bewunderung dar-
über ausgesprochen, daß der Leiter der Reichsjustiz
seine technischen juristischen Kenntnisse habe herleihen
können, einem solchen Gesetz die Form zu geben.
Damit wollte er durchblicken lassen, daß ein Jurist
mit einem solchen Gesetz unmöglich einverstanden
sein könne. Ich würde meine Pflicht als Reichs-
beamter verletzen und gegen die Wahrheit verstoßen,
wenn ich durch mein Schweigen auch nur die Mög-
lichkeit der Annahme ausstümpfen ließe, als ob dieses
Gesetz wider meine Überzeugung von mir ausge-
arbeitet worden wäre. Ich bin mit dem Inhalte
vollständig einverstanden, weil ich schon seit langer
Zeit der Meinung bin, daß an unserer Redefreiheit
etwas krank sei.

Abg. v. Stauffenberg: Mit sehr gro-
ßem Erstaunen höre ich eben die Ausführung des
Herrn Bevollmächtigten, daß es nicht die Absicht ge-
wesen wäre, in die Befugnisse dieses Hauses einzu-
greifen. Schon die Fiktion des Gesetzentwurfs und
seiner Motive beweisen das absolute Gegentheil. Als
der Entwurf von Seiten der preussischen Regierung
dem Bundesrath vorgelegt wurde, ging ein Gefühl
des Erstaunens durch das ganze Volk. Auch wird
mir der Bundesbevollmächtigte keinen Fall nennen
können, daß in irgend einem großen Verfassungs-
saal je ein solcher Vorschlag der gesetzgebenden
Versammlung gemacht worden wäre. Die Wirkung
des vorliegenden Gesetzentwurfs halte ich für eine
recht schlimme; er hat es wahrhaftig dem Präsi-
denten dieses Hauses nicht erleichtert, die Geschäfte
dieses Hauses weiter zu führen. (Sehr wahr!) In
den Motiven dieser Vorlage heißt es, daß die be-
stehenden Bestimmungen, „wenn sie vielleicht aus-
reichen, um die Ordnung im Hause nothwendig auf-
recht zu halten“, doch in keiner Weise genügen.
Wenn in diesen Worten nicht eine Kritik liegt, die
wahrlich wenig geeignet ist, das Verhältniß dieser

beiden großen Körperschaften, die auf gegenseitige
Verständigung angewiesen sind, zu einem besseren zu
machen, dann weiß ich nicht, was die deutsche Sprache
überhaupt für eine Bedeutung hat. (Sehr richtig!)
Ich will mich in eingehendere Ausführungen über
den Inhalt der Vorlage nicht einlassen, da der
größte Theil dessen, was gesagt werden kann, be-
reits gesagt ist. Die Vergleiche mit England und
Amerika sind sehr präzis, weil die dortigen Verhält-
nisse ganz andere sind. Eins sind die Motive schul-
dig geblieben, und zwar das Nothwendigste, die An-
führung der Fälle, welche diese Vorlage zu einem
unabweisbaren Bedürfnisse machen. Daß das Er-
scheinen der sozialdemokratischen Abgeordneten das
Bedürfnis erst jetzt schärfer hervortreten läßt, muß
ich bestritten. Seit 1867 sind sie stets in wechseln-
der Anzahl unter uns gewesen. Dann findet sich
in den Motiven quasi als Ornament noch ein
Grund, die Beleidigung außerhalb des Hauses
stehender Personen. Es wäre sehr interessant, zu
erfahren, welche Fälle denn in dieser Beziehung
vorgekommen sind. Der Gesetzentwurf kann
in zweiter Beratung im Plenum erledigt werden;
er ist seiner Form wie seinem Inhalte nach für uns
nicht annehmbar.

Staatssekretär Friedberg: Der Vorredner
hat ausgeführt, daß der Gesetzentwurf namentlich
in seiner Motivierung gewissermaßen ein Mißver-
ständnis gegen die bisherige Führung der Präsidialgeschäfte
enthalte. Eine Kritik liegt nicht in den von ihm
angeführten Worten, der Motive, denn auf Grund
der bestehenden Geschäftsordnung hat das Präsidium
das nicht leisten können, und damit es dies leisten
könne, muß der Weg der Gesetzgebung beschritten
werden. Dann hat der Vorredner wiederum ver-
muthet, daß man nur den Mißstand behauptet, einen
Beweis des Bedarfs aber nicht erbracht habe.
Glauben Sie denn, daß der Entwurf aufgestellt ist,
ohne daß man die Reden, in denen man eine solche
Angelegenheit finden zu können, geprüft hat? Ich
habe sie hier in einem ganzen Bunde vor mir; aber
ich werde weder die Äußerungen, noch die Personen
bezeichnen (Rufe: Warum nicht?), zumal die Perso-
nen noch im Hause sind.

Abg. Babel: Meine Partei ist dem Staats-
sekretär nicht zu Danke dafür verpflichtet, daß die
von uns gebrauchten Worte, die die Nothwendigkeit
des Gesetzes begründen sollten, nicht angegriffen sind,
denn man hätte aus der Zeit, in der sie gesprochen
wurden, daß, wenn eine solche Maßregel durch diese
Reden geboten erscheint, die Regierung schon längst
damit hätte hervortreten müssen. Die Motivierung
des Gesetzentwurfs, wie sie bisher von der Regie-
rung gegeben, beweist, daß man damit beabsichtigt,
die jetzt noch anwesenden Abgeordneten meiner Par-
tei aus dem Hause hinauszudrängen und möglicher-
weise von einer Neuwahl auszuschließen. Der
Reichskanzler hat eine Rede des Abg. Haselmann
citiert, aber nicht erwähnt, daß derselbe sich seinerzeit
damit entschuldigt, daß er zu dieser Äußerung durch
den Reichskanzler provocirt sei, indem dieser die So-
zialdemokraten als Banditen gekennzeichnet hatte.
Ich erwarte von dem Verantwortlichen dieses Hau-
ses, daß es durch diesen Umstand die Äußerung
Haselmanns, wenn nicht gerechtfertigt, so doch er-
klärlich findet.

Bzüglich der Beleidigung von außerhalb ste-
henden Personen sind die Worte interessant, welche
die Rede Hohenlohe vom 1. und 10. Februar 1866
im Herrenhause hervorrief, dessen Geschäftsordnung
ja die Motive gerade als unzulässig bezeichnet.
Diese Geschäftsordnung ist augenscheinlich von Sr.
Majestät dem Könige dem Herrenhause vorgeschrieben,
was dadurch erklärlich wird, daß das Herrenhaus auch
heute noch als eine Art parlamentarischer Offizierskorps
betrachtet wird und demgemäß einen Ehrenkodex be-
sitzt. (Beifall links.)

Der Präsident erklärt eine derartige Kritik
eines Parlaments für unzulässig.

Abg. Babel: Ich denke, daß ich doch nicht
Ehrenmüdigkeit? Abgeordneter Lasker hat schon ge-
sagt, wenn Jemand die Redefreiheit bis zur äußersten
Grenze ausgenutzt habe, sei das Fürst Bismarck
selbst. Wenn schon Männer außerhalb des Hauses
geschimpft werden sollen gegen den Mißbrauch der
Redefreiheit, so sollte man auch darauf sehen, daß
angegriffene Mitglieder des Hauses Gelegenheit er-
halten zur Verteidigung. Beim § 130 der Straf-
gesetznovelle nahm Fürst Bismarck das Wort und
that Äußerungen, die heute noch uns als äußerst
beleidigend erscheinen. Als ich nun in jener Sitzung

mit zum Wort melde, erhielt ich dasselbe nicht,
es wurde ein Schlußantrag angenommen. Ungefähr
sechs Monate nach diesem Vorgange schrieb ich eine
 Broschüre, in welcher ich diese Kritik der sozial-
demokratischen Tendenzen bekämpfte. Fürst Bismarck
stellte einen seiner bekannten Strafanträge, und ich
wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt
(Bravo! rechts.) Ja, rufen Sie nur Bravo, mit
hat das nichts geschadet. Vielleicht ist das für den
Fürsten Bismarck auch ein Motiv für dieses Gesetz
gewesen, daß er von seinen tausend Strafanträgen auch
den Reichstagsmitgliedern einige zukommen lassen kann.
Wir selbst würden ja nie gegen den Fürsten Bis-
marck Strafanträge stellen, und thäten wir es, ver-
klagten wir ihn als deutschen Reichskanzler, so
würde er als preussischer General dem Strafantrage
entgehen. Dann hat der Herr Reichskanzler von
der überaus großen Milde gesprochen, mit der das
Sozialistengesetz ausgeführt sei. Entweder liegt hier
ein schlechter Scherz vor, oder der Kanzler ist in
Folge seiner anderweitigen Thätigkeit in den letzten
Monaten, die selbst einen agitatorischen Charakter
hat (Beifall links), verhindert gewesen, sich mit dem
Vorgehen der Regierungen zu beschäftigen. Richtiger
wäre es gewesen, wenn man einfach dem Verfas-
sungs-Paragrafen, der alle Deutschen mit 25
Jahren für wahlfähig erklärt, einen Zusatz geben
wollte, der folgenden Wortlaut haben könnte: „Aus-
genommen sind solche Personen, von denen die Pu-
lizitätsbehörden oder kommunikalische Behörden, die
den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesell-
schaftsordnung bezwecken in einer den öffentlichen
Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungs-
klassen besonders gefährdenden Weise verfolgen.“
Wenn also einmal gründlich vorgegangen werden
soll, so muß der von mir gemachte radikale Vor-
schlag befolgt werden. Allerdings muß dann auch
eine ähnliche Bestimmung für die Bundesrathsmit-
glieder aufgenommen werden, denn wenn im Reichs-
tage vorkommen sollte, was in gewissen Solireen
gesagt worden ist, daß die Wäldermeister Schuld seien
an den theuren Brodpreisen, wenn man ihnen an
die Rodspitze fahre, seien die Parteien daher bewast,
so meine ich, ist dies eine sehr heftige Aufreizung
zur Feindseligkeit zwischen den einzelnen Bevölkerungs-
klassen (Sehr gut! links), und Sie wissen aus der
Geschichte, daß bei allen Aufständen und Revolten
die erste Wuth des Volkes sich gegen die Wälder-
meister richtet! Es kommt weit weniger bei allem
Gesetzen auf ihren Wortlaut als auf die Art ihrer
Ausführung an. (Sehr richtig! rechts.) Wenn
1867 der Reichskanzler bei der Beratung der Ver-
fassung des Norddeutschen Bundes noch in der Lage
war, einen die Freiheit der Gerichte begünstigenden
Zusatzparagrafen damit zu bekämpfen, daß er an-
führte, die schwersten Verleumdungen von Ministern
seien höchstens mit 30 Mark Strafe belegt worden,
so kann jetzt in Deutschland ein solcher Fall nicht
mehr vorkommen. Unter zehn Verurtheilungen wegen
Beleidigung sind heute 9 Gefängnis- und nur eine
Geldstrafe; das geht so weit, daß neuerdings in
Wiesbaden eine Beleidigung des Herrn Reichskanzlers
mit 7 Monaten bestraft wurde, während eine Verleu-
digung mit 14 Tagen abgefunden wurde. (Hört,
hört! links.) Die deutschen Volksvertreter sind
überhaupt äußeren Einflüssen weit zugänglicher, als
irgend eine andere Vertretung. Wenn in der
„Provinzial-Correspondenz“ angekündigt ist, man sei
der Ansicht, daß der Reichstag bis zu einem be-
stimmten Termin mit seinem Besium fertig werden
könne, so scheint es, als ob alles Mögliche gethan
werde, um diesem Wunsche Rechnung zu tragen,
und ich behaupte, seit dem Erscheinen dieses Ent-
wurfs ist bereits ein ganz merklicher Einfluß auf
die Handhabung der Geschäfte hier im Reichstage
sichtbar geworden. Ich bitte, den Entwurf zu ver-
werfen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Bei der Abstimmung über die weitere Behand-
lung der Vorlage wird ihre Verweisung an eine
Kommission, die gestern der Abg. v. Gildorf bean-
tragt hatte, gegen die Stimmen der Konservativen
und deutschen Reichspartei abgelehnt. Doch stimmen
einzelne Mitglieder der Linken, wie Graf Bethusy-
Huc, Fürst Carolath und v. Kardorff mit der Ma-
jorität. Die zweite Beratung wird also im Ple-
num stattfinden.

Nach einigen Berichten über Wahlprüfungen
schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Disziplinargewalt des Reichstages und Etat.

Schluss 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 5. März. Die gestrigen Ausserungen verschiedener national-liberaler Blätter befürworten sehr deutlich und lebhaft eine Verständigung zwischen dem Reichstag und der Reichsregierung über die Zoll- und Steuerfrage. Diese sehr erfreuliche Wendung würde aber natürlich völlig vereitelt werden, wenn das von fortgeschrittlicher Seite einflussreiche als Führer angesehene Mandar-Anfang sände, die gesammten Zoll- und Steuervorlagen an eine Zwischenkommission zu erwählen, welche die Angelegenheit bis zur nächsten Reichstagsession, wohl gar bis zum Schluss der Legislaturperiode verschleppen könnte. Daß die Regierung nicht im mindesten gesonnen ist, die dringliche Entscheidung durch ein solches Mandar verschleppen zu lassen, zeigt der offenbar autoritative Artikel in der vorgestrigen Abendnummer der „Nordd. Allg. Ztg.“, welcher rundweg erklärt, die Regierung würde den Versuch einer solchen Verschleppung als Ablehnung betrachten.

Im Reichsfeiernbureau haben vom 25. bis 27. Februar Verhandlungen zur endgültigen Feststellung eines Normal-Buchungsformulars für die Eisenbahnen Deutschlands stattgefunden. Letztere waren mit wenigen Ausnahmen durch dieselben Delegierten vertreten, welche im April v. J. zu gleichem Zwecke hier versammelt waren. Als Kommissar des Reichs Eisenbahnministerium fungierten wieder die Geheimen Räte Versluis und Streckert. Wie ich höre, hatten sämtliche Regierungen und Verwaltungen dem früheren Entwurf im Wesentlichen zugestimmt. Es handelt sich nur darum, einzelne Seiten der Vertheilung gemachte Erörterungen zu prüfen und die Schlussredaktion vorzunehmen. Nachdem hierüber unter den Delegierten vollständige Einigung erzielt worden, daß diese notwendige Vorarbeit zur Herstellung einer brauchbaren Statistik der Eisenbahnen Deutschlands als abgeschlossen betrachtet werden.

Provinzielles.

Stettin, 6. März. Der 17-jährige Richard Fahrenwald war in dem Geschäft des Kaufmanns Lammert am Fischmarkt als Laufbursche angenommen und verkauft es, im Laufe eines halben Jahres aus der Ladentasse circa 73 Mark zu entwenden. Dies wurde entdeckt und die Kriminal-Polizei fahndete auf den jugendlichen Dieb. Vorgestern Morgen gelang es derselben, den Aufenthaltsort des Burschen in einer Wohnung auf der Laßstr. zu ermitteln und ein Kriminal-Kommissarius begab sich dorthin, um die Verhaftung desselben vorzunehmen. Als der in einem Nebenzimmer sitzende Bursche den Beamten eintreten sah, stieß er eine Portion von einem weißen Pulver in den Mund, begann sofort zu husten und der Beamte zwang ihn durch Öffnen des Mundes und Klopfen auf den Hals das Pulver wieder auszuspeien. Darauf begaben sich Beide in die nahegelegene Apotheke, wo dem Burschen ein wißames Gegenmittel eingegeben wurde, da sich herausstellte, daß das Pulver Arsenik war, welches Fahrenwald bei Lammert gefärbt-gemacht deshalb gekostet hatte, damit er sich, wenn ihn ein Beamter verhaften wolle, vergiften könne. Da das Gegenmittel so gut gewirkt hatte, daß der Bursche aufstehend wieder ganz munter war, wurde er nach der Kustodie gebracht, von dort mußte er jedoch gegen Abend nach dem Krankenhaus gebracht werden, weil sich sein Zustand wesentlich verschlimmert hatte.

Gestern wurde der Kellner Rud. Ed. Seid. Krepelin verhaftet, weil er im Verdacht steht, im Dezember v. J. einen Kaufmann, mit dem er in einer Restauration in der Wittmoßstraße geknips, eine goldene Taschenuhr entwendet zu haben.

Gestern Abend gegen 3/10 Uhr wurden mehrere anständige junge Leute von mehreren Strolchen in der Schulzenstraße angerepelt und ohne jede Veranlassung mit Knütteln geschlagen. Den hinzugekommenen Schenkern gelang es, zwei der rohen Burschen in den Personen der Arbeiter Kohlen. Carl Senf und G. Ed. Ad. Kaffmann zu emitteln und zur Haft zu bringen.

Gestern Mittag wurde oberhalb der Langenbrücke eine Leiche aus der Dred gezogen. Heute Morgen wurde dieselbe als der seit Dezember vermisste Arbeiter Wendorf rekonstruiert.

Gestern Mittag gegen 2 1/2 Uhr brach in Frauendorf auf dem Boden des Hauses Bergstraße 33, dem Fischer Blankenburg gehörig, auf unerwartete Weise Feuer aus. Obwohl die Frauendorf-Spritze sofort zur Rettung herbeieilte, gelang es doch nicht, den Brand zu bewältigen und das Gebäude brannte vollständig nieder. Bei Entstehung des Feuers saß niemand der Bewohner im Hause anwesend gewesen sein.

Die gesetzliche Autorisation des Erretors, zur Vollziehung von Pfändungsbefehlen die Wohnung des Erretors nötigenfalls mit Gewalt zu eröffnen, schließt nach einem Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 30. Jan. die Autorisation zur gewaltsamen Eröffnung der Haustür in sich, auch wenn der Erretor nicht selbst Eigentümer oder Besitzer des Hauses ist und darin nur einzelne Räume bewohnt. Der Widerstand gegen diese Eröffnung der Haustür seitens des Hauswirts oder eines Anderen ist nach § 113 des Str.-G.-B. zu bestrafen.

Die „Union“, Aktiengesellschaft für See- und Flußversicherungen, wird pro 1878 eine Dividende von 18 pEt., die „Pomerania“ eine solche von 15 pEt. zahlen.

Dem Präsidium der Allgemeinen deutschen ornithologischen Gesellschaft, Herrn v. Homper

zu Stolp, ist die Erlaubnis zur Anlegung des kaiserlich-österreichischen Ordens der eisernen Krone 3. Klasse erteilt worden.

Stargard, 5. März. In dem Dorfe Plönitz, Priester Kreis, sind verschiedene dortige Besitzer, die sich der wiederholten Brandstiftung verdächtig gemacht haben, verhaftet und zur gerichtlichen Untersuchung gezogen. Die Ermittlung der Thäter war dem hiesigen Herrn Polizei-Kommissarius Duffe auf Requisition der Behörde übertragen worden.

Rummelsburg, 4. März. Am 1. v. Mts. Abends gegen 7 Uhr, 1/2 Meile von der Stadt auf der Chaussee nach Tietzen zu, ist der Herr Graf v. Königsdorf auf Tietzen auf der Nachhausefahrt von 5 Personen angefallen und sammt dem Kutscher mehrfach verwundet worden. Zwei der Thäter sind bligst gemacht und im Polizeigewahrsam untergebracht. Es scheint auf einen Raubanfall nicht abgesehen zu sein, vielmehr nur ein Mordakt vorzuliegen.

Bermischtes.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ in Berlin schreibt unter dem 23. v. M.:

(Aux Caves de France.) Von den bedeutenden Quantitäten Wein, welche in dem genannten Lokal getrunken resp. von genannter Firma bezogen werden, erhält man einen Begriff aus den Summen, welche der Besitzer des Caves de France, Deswald Riet, für Eingangsteuern bezahlt. Aus den uns zur Einsicht vorgelegten Steuerquittungen geht hervor, daß dieses Haus in den 17 Monaten seines Bestehens aus diesem Hause, vom 1. Oktober 1877 bis 1. Februar 1879, nicht weniger als 54,000 Mark Eingangsteuern bezahlt hat, v. h. also etwas über 100 Mark pro Tag. Einen besseren Beweis für die Beliebtheit der Weine aus den Caves de France, aber auch für den Durst der Berliner, dürfte es kaum geben.

— In den Straßen von Antwerpen erregte vor Kurzem eine Bettlerin durch die ungewöhnliche Zärtlichkeit, welche sie für ihre beiden Kleinen an den Tag legte, das Mitleid der Vorübergehenden in einem solchen Maße, daß ihr mit den zahlreich gespendeten Sous auch gar manches Silberstück in die Hand gedrückt wurde. Das größere der Kinder führte sie an der Hand mit sich, das andere ruhte in ihrem Arme. Als ein Polizeibeamter nahte, schien ihre Besorgnis für das jüngere Kind noch zu wachsen, und als fürchte sie, das Untersand ihrer Liebe verlieren zu können, preßte sie dasselbe innig an das bekommenes Mütterchen. Inzwischen erschien die Regungslosigkeit des Säuglings dem Polizeibeamter doch so sonderbar, daß ein öfter Verdacht, in ihm aufstieg. Er hieß die Bettlerin ihm auf das Polizeibureau folgen, und da stellte es sich denn heraus, daß der geliebteste Kleine nichts anderes als eine zusammengekaupte und mit Nägele ausgestattete alte Jacke war.

— Der Brand des Schlosses Teroueren. Ueber die bereits telegraphisch gemeldete Einäscherung des bekannten Heims der unglücklichen Erbkaiserin von Mexiko geht der „N. Fr. Pr.“ ein Bericht aus Brüssel, 4. März, zu, dem wir Nachstehendes entnehmen: Gestern früh hat Kaiserin Charlotte aus dem Schlosse Teroueren, welches sie seit vielen Jahren bewohnte, flüchten müssen, weil im Gebäude plötzlich Feuer ausgebrochen war. Der Schloßbrand entstand Montag Morgens um halb 6 Uhr. Fast sämtliche Bewohner des Schlosses waren noch in den Betten, so daß der Ausbruch des Feuers eine große Verwirrung hervorrief. Die Kaiserin Charlotte, welche den rechten Flügel des Schlosses bewohnte, mußte halbangekleidet gerettet werden. Es löstete Mähe, der unglücklichen Kaiserin die Lage begreiflich zu machen. Sie setzte sofort dem Ansuchen, das von ihr so sehr geliebte Asyl zu verlassen, heftigen Widerstand entgegen, gab aber zuletzt dem dringenden Zureden nach. Wiederholt rief die Kaiserin aus: „Mein armer Palast!“ Zuerst wurde die Kaiserin zur Familie des Leibarztes Dr. Aris, der in der Nähe wohnt, gebracht, wo sie die liebevollste Aufnahme fand. Bald kam auch die Königin der Belgier in einem offenen Wagen eilends heran. Sie kam von Laeken, um die Kaiserin Charlotte dahin abzuholen. Gegen 11 Uhr Vormittags brachte man die Kaiserin in Begleitung des Irrenarztes Dr. Smet aus Schloß Laeken. In diesem Schlosse hatte der König Leopold bereits Alles für die Aufnahme seiner Schwester vorbereitet. Die Kaiserin ist in still gelagerten Zimmern untergebracht und verhält sich seitdem ruhig. Es ist zwar eine tiefe Niedergeschlagenheit bei ihr zu bemerken, ihr körperliches Befinden bleibt aber zu keinen Besorgnissen Anlaß. Das Schloß Teroueren ist total abgebrannt. Man hat von der kostbaren Einrichtung nichts retten können. Der Verlust wird auf mehr als eine Million Francs geschätzt. Die jetzt ist die Ursache des Entstehens der Feuersbrunst unbekannt. Es herrschte ein starker Wind, wodurch sich das furchtbar rasche Umschlagreifen des Brandes erklärt. Das Directorialpersonal ist nicht verletzt worden. Teroueren ist ein Marktflecken in der belgischen Provinz Brabant, Distrikt Löwen. Dort war früher die Sommer-Residenz der Herzoge von Brabant. Das schöne Schloß Teroueren ist unter der holländischen Regierung Eigentum des Prinzen von Dranten gewesen, gehört aber seit dem Jahre 1853 sammt dem Marktflecken dem belgischen Hofe. Das Schloß ist durch seinen Park berühmt, in dessen schattigen ausgedehnten Alleen die Kaiserin Charlotte täglich lange Spaziergänge machte. Hier ging sie in unscheinbarer Kleidung fundenlang wortlos auf und ab. In der Entfernung folgte ein Arzt und eine Kammerfrau, welche die Kaiserin unauffällig beobachteten. Die Zimmer der Kaiserin waren für je-

den Fremden unzugänglich. Von Zeit zu Zeit empfing sie den Besuch ihres Bruders und ihrer Schwägerin, die aus Brüssel herüberkamen. Im Leben der Kaiserin geschieht es manchmal, daß ein unerwartetes Ereignis wie ein erschütternder Blitz in die geistige Nacht fällt, und daß plötzlicher Schrecken wie plötzliche Freude eine Wendung zum Besseren herbeiführen. Vielleicht ist die Hoffnung gestattet, daß der furchtbare Schloßbrand in Teroueren auch in dem geistigen Befinden der Kaiserin Charlotte eine günstige Wendung herbeiführt.

— Ein großes Ereignis. Aus Jaowracow, 2. März, schreibt man der „Pol. Ztg.“: „Auf dem hiesigen Steinsalzbergwerk ist gestern Nachmittag reines Salz angehauen worden. Das große Ereignis wurde gestern vom Werk mit 100 Böllerschüssen angekündigt, und die ganze Anlage prangt im reichsten Flaggenschmuck. Bekanntlich stieß man, nachdem aus dem Werk die vor vier Jahren eingebrungenen Wassermaffen entfernt worden waren, am 14. September v. J. zuerst auf Salz, das jedoch nicht die gewünschte Reinheit hatte. Das gestern angehauene bauwürdige Salz zeigt in dem Salzfelzen eine weisse durchsichtige matt rosarote Farbe und ist im gemahlten Zustande schneeweiß. Man ist bis jetzt in den Salzfelzen 20 Fuß tief und eben so weit in die Breite eingedrungen. In der Stadt herrscht über die endliche Erreichung des reinen Salzes die lebhafteste Freude, denn es ist jetzt die Sicherheit gegeben, daß der Bergbau auf dieser Stelle jetzt nicht noch einmal zum Erliegen kommen wird.“

— Aus Stockton in Californien wird ein seltsamer Unglücksfall berichtet. Mehrere Hundert Knechtzige hatten sich versammelt, um einen Versuch mit einer neuen Pumpe anzusehen, welche einen Leich troden legen sollte. Die Pumpe ward von einer transportablen Dampfmaschine getrieben. Da der Druck des Dampfes zu schwach schien, schraubte der Maschinist das Sicherheitsventil fest. Eine Viertelstunde darauf pläzte der Kessel und schleuderte die Maschine an 150 Fuß weit fort, mitten durch die Menge, wobei eine große Anzahl von Personen theils getödtet, theils verwundet wurde. Einigen war der Kopf abgerissen, andere wurden mit schredlicher Gewalt zu Boden und viele wurden in den Leich geschleudert, 16 Leichen sind gefunden und 26 Personen sollen verwundet sein. Der Maschinist ward getödtet.

Literarisches.

Hartwig, der Hausgarten auf dem Lande. Eine von dem Vereine zur Beförderung des Gartenbaues in den Königl. preussischen Staaten mit der silbernen Medaille gekrönte Preischrift. Mit 10 in den Text gedruckten Abbildungen. 1 Mark. Hugo Volgt in Leipzig, bietet in gedrängter Uebersicht Alles, was zur Anlage eines Gartens auf dem Lande erforderlich ist und kann allen Bewohnern des Landes empfohlen werden.

Telegraphische Depeschen.

Oppeln, 5. März. Die heute hier behufs einer Kundgebung zu Gunsten der Wirthschafts-Politik des Reichstages tagende ober-schlesische Landesversammlung war von etwa 500 Theilnehmern besetzt. Es wurde einstimmig beschloffen, dem Kaiser Wilhelm den Dank Ober-schlesiens auszusprechen. Weiter erklärte sich die Versammlung für schleunigste Wiedereinführung von Eisenzöllen und beschloß außerdem, an den Reichstag eine Petition zu richten, dem herrschenden Nothstande durch Erweiterung des Systems der indirekten Steuern, durch eine Umgestaltung des Tarifwesens und durch eine Milderung der Handels- und Zoll-Politik abzuheffen.

Wien, 5. März. Die „Polit. Corresp.“ meldet:

Aus Konstantinopel von gestern: Es bestätigt sich, daß eine griechische Freischärlerbande einen Einbruch in das thessalische Gebiet gemacht hat. Da die Gegend von dort von türkischen Truppen besetzt ist, so wäre das Umschlagreifen einer Insurrection kaum zu bezweifeln.

Wien, 5. März. Aus Szegedin wird gemeldet, daß genannte Stadt hochgradig durch eine Ueberschwemmung bedroht wird. Die Lehranstalten sind geschlossen, die Theater sind gesperrt. Militär ist zur Rettung herbeigekommen. Das Archiv, die Kassenscheine und Deposten sind an einem sicheren Orte untergebracht. Im ganzen Gebiete des Theißflusses drohen Gefahren.

Peft, 5. März. Der Ausschuss der österreichischen Delegation hat mit allen Stimmen gegen zwei den Antrag des Abg. Sturm, nach welchem das Heereserfordernis für die okkupirten Provinzen pro 1879 mit 30 Millionen Fl. festgesetzt wird (anstatt mit 34 1/2 Millionen Fl., wie die Regierung verlangt hatte), angenommen. Sodann wurde ein weiterer Antrag Sturms, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, die Okkupationsstrappen noch unter die von ihr für das 4. Quartal in Aussicht genommene Anzahl zu vermindern und auf den Friedensstand zurückzuführen, mit elf gegen acht Stimmen angenommen. Bei der Beratung eines früheren Antrages Sturms betreffend die Nichtverwendung der bewilligten Gelder für Administrations-Auslagen, gab der Minister Hofmann eine ausführliche Erörterung über die Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina. Die weitere Beratung dieses Antrages wurde schließlich auf morgen vertagt.

Peft, 5. März. In der Sitzung des Ausschusses der österreichischen Delegation erklärte Graf Andrássy in Beantwortung verschiedener Anfragen, daß die staatsrechtliche Stellung der okkupirten Län-

der von den beiderseitigen Legislativen bestimmt werden würde, sobald der Zeitpunkt hierfür gekommen sei. Heute wurde eine Diskussion darüber unzulässig sein. In Betreff Bosniens handle es sich nicht um eine Okkupation, sondern um ein bloßes Garnisonrecht in einzelnen Orten, unter Aufrechterhaltung der türkischen Herrschaft. Von einem Aufgeben dieses Rechts sei keine Rede, aber die Regierung habe auch gegenwärtig keine Veranlassung, die Ausübung dieses Rechtes zu beschleunigen, die in voller Freundschaft mit der Türkei ohne wesentliche Opfer vollzogen werden solle. Bezüglich der Grenzregulirungen theilte Graf Andrássy mit, daß Auf-land die Mächte aufgefordert habe, in Betreff dieser Frage an die Delimitations-Kommission detaillierte Instruktionen zu erlassen, doch sei eine Revision des Berliner Vertrages von keiner Seite ange-regt worden, eine solche würde auch von keiner Seite angenommen werden. In der Frage betreffend das Forto Arab Tabia sei allerdings eine definitive Lösung durch eine Vorkonferenz-Konferenz in Aussicht genommen worden, worüber noch verhandelt werde. Ein positiver Antrag auf Aufhebung der Beschränkung, daß der Gouverneur von Ostromelien ein Christ sein müsse, ist nicht gestellt worden. Von den Bulgaren würden auch die Ballonabstände zur Sicherung einer Defensivstellung verlangt. Diese Frage sei eben der Prüfung der Delimitations-Kommission vorbehalten. Eine Vorkonferenz-Konferenz in Berlin sei von keiner Seite angeregt worden.

Paris, 5. März. Der Deputierte Tirard hat das Handelsministerium übernommen, nachdem er sich mit Waddington und Leon Say über die Fragen der allgemeinen Tarife und der Handelsverträge verständigt hatte.

Paris, 5. März. Aus Madrid verlan- det, daß der König Alfons Herrn Canovas ge-wählt habe, ein Versöhnungs-Ministerium zu bilden.

Dover, 5. März. Der Kronprinz des deut-schen Reiches ist heute Nachmittag nach einer sehr stürmischen Ueberfahrt wohlbehalten hier einge-troffen.

Neapel, 5. März. Heute Morgen um 4 Uhr wurde Passanante aus dem Kerker von San Francisco nach Kapfel Rayuano, dem Sitz des Gerichts-hofes, gebracht. Im Jellenwagen befanden sich zur Bewachung Gendarmen und zwei Karabinieri. Vom Gefängnis bis zum Gericht bildeten die Trup-pen Spalier. Passanante sagte während der Ueber-führung: „Es ist doch sonderbar, daß mein Pro-zess so lange dauert, ich müßte schon längst zu Hufe geworden sein.“ Der Mörder bewohnte gegenwärtig die Zelle Nummer sechs, deren Fenster auf dieselbe Straße sehen, auf der er das Attentat verübte. Unter das Fenster wurde eine Schilbwache gestellt, in der Nebenzelle überwachte ihn dieselbe drei Wächter, welche ihn seit seiner Verhaftung umgeben.

Neapel, 5. März. Ich hatte heute eine lange Unterredung mit dem Beirathiger Passanantes, dem Advokaten Tarantini, und konnte ebenfalls Originalbriefe Passanantes an Tarantini durchlesen. Die Handschrift ist fest und ausgeprochen, obgleich mancherlei orthographische Fehler vorkommen und der Gedankenang häufig verworren erscheint, tritt überall ein volles Bewußtsein der That, sowie die Ueber-zugung, ein Reformator zu sein, hervor. Der letzte Brief vom 13. Februar zeigt eine unglaubliche Ruhe. Es heißt darin unter Anderem: Früher ein enthusiastischer Verehrer Garibaldi's, wandle ich mich von ihm ab, seitdem er die Pension von 300,000 Lire annahm; 12,000 Lire jährlich mußten dem Volksmann und seiner Familie genügen. Den Rest mußte er für Arbeitszwecke verwenden. Da das nicht geschah, wandle ich mich ab von ihm. Passanante protestierte gegen die Internationale und er sagt ausdrücklich, daß „Vaterland, Freiheit und Arbeit“ sein Wahlspruch sei. Er verurtheilt die ita-lienische Regierung hart wegen Verschwendung des Nationalguths, verschmäht jede Hoffnung, der Tobeschau zu entgehen und schließt den Brief, indem er sagt: „An meinem Leben ist nichts gelegen, mein Geist wird fortleben.“ Einen weiteren Ge-spräch mit Tarantini verdanke ich folgende Details: Passanante sagte den Entschluß, den König zu mor-den, erst am Morgen der That, Angesichts des ungeheuren Volkssturms in Neapel hätten die Begeis-terung des Volkes und die Unkosten für den Empfang der Majestäten seine Indignation erregt und er habe sich gesagt, Humbert habe in seiner zehnjährigen Regierung nichts gethan für das Volk. Er verkaufte am selben Morgen seine Jacke, um einen Dolch kaufen zu können und hoffte, der Tod des Königs werde die Schuldüberhebung der Republikaner herbei-führen. Er führe den zweiten Dolch mit, nur weil der Anruf des Königs „oh dio, dio“ (oh Gott, mein Gott) ihn unwillkürlich erschütterte und entmenslichte. Passanante erinnerte sich nicht, daß Karoll ihn beim Haar packte. Weber aus seinen Briefen noch Gesprochenen ist irgendwelche Reme er-kenntbar, aber auch nirgends ein Zug cynischer Kob-die. Passanante verbringt den Tag mit Schreiben, seine Aufzeichnungen kennzeichnen sich durch mystisch-moralischen Ueberton, sein Auftreten ist bescheiden und voller Ueberzeugung von seiner Mission als Re-formator.

Kopenhagen, 5. März. Der Justizminister wird morgen im Folkething eine Vorlage über die gegen die Einschleppung der Pest zu ergreifenden Maßregeln einbringen.

Petersburg, 5. März. Der Reichskanzler Fürst Gortschakoff empfing heute den neu ernannte britischen Botschafter, Lord Dufferin.

Washington, 5. März. Der Kongress ist durch eine Proklamation des Präsidenten Hayes an den 18. d. Mts. einberufen.